

Auf dem Weg der Erneuerung



PDS

Dialog in der PDS

Landesverband Brandenburg

Heft 8

**Traditionen der Arbeiterbewegung
und die PDS-Programmatik**

Teil 2

Dialog in der PDS

Landesverband Brandenburg

Heft 8/2

Traditionen der Arbeiterbewegung und die PDS-Programmatik

Herausgeber: Arbeitsgruppe Geschichte beim Landes-
vorstand Brandenburg der PDS

Autoren der einzelnen Beiträge:

Teil 1:

Dr. habil. Rosemarie Preuß - Vorwort

Prof. Dr. Heinz Niemann

Teil 2:

Prof. Dr. Klaus Kinner

Prof. Dr. Siegfried Prokop

Redaktionsschluss: Oktober 2000

Satz und Layout: Reinhard Frank

Klaus Kinner

Historische Weichenstellungen auf dem Weg des Kommunismus in Deutschland*

Ein Beitrag zu Programmdiskussion

Die Frage nach historischen Weichenstellungen auf dem Weg des Kommunismus in Deutschland ist nicht voraussetzungslos zu beantworten. Es gilt zunächst zu bestimmen, von welchem Kommunismusbegriff ausgegangen wird. Üblicherweise wird von Kommunismus in dreifacher Bedeutung gesprochen.

Zum ersten meint Kommunismus die Utopie oder gedankliche Vorstellung einer vergangenen oder zukünftigen Gesellschaft, in der das Privateigentum an Produktionsmitteln in Gemeineigentum überführt ist, der Konsum auf der Grundlage gemeinschaftlicher Lebensführung und allgemeiner Gütergemeinschaft geregelt wird sowie materielle und kulturelle Bedürfnisse gleichermaßen befriedigend gestillt werden und alle Mitglieder dieser Gesellschaft durch soziale Gleichwertigkeit gekennzeichnet sind.

Zweitens wird unter Kommunismus die Gesamtheit der ökonomischen und politischen Lehren verstanden, die auf Marx und Engels fußen und deren Ziel die Errichtung einer kommunistischen Gesellschaft ist.

Drittens werden unter Kommunismus die politischen Parteien, Bewegungen und Herrschaftssysteme gefasst, die versuchen diese Lehren in die Praxis umzusetzen.

In meinem Kontext kann es sich nur um das letztgenannte Begriffsverständnis handeln.

Dabei wird davon ausgegangen, dass die Begriffe Sozialismus und Kommunismus nicht trennscharf voneinander abgehoben werden können. Das trifft m. E. trotz anderslautender Auffassungen der Protagonisten auch auf den sozialdemokratischen und kommunistischen Flügel der Arbeiterbewegung zu.

*Die nachstehenden Ausführungen stützen sich im wesentlichen auf das Buch des Verfassers "Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität". Bd.1: Die Weimarer Zeit. Berlin 1999. Weitergehende Ausführungen sowie Quellen- und Literaturbelege sind dort zu finden

Im folgenden sollen Weichenstellungen des deutschen Kommunismus anhand ausgewählter Fallstudien der Geschichte der KPD in der Weimarer Zeit dargestellt werden.

Mit der "Urkatastrophe" des Ersten Weltkrieges setzte ein Krisenzyklus der bürgerlichen Gesellschaft ein, der erst nach mehr als dreißig Jahren durch das "goldene Zeitalter" des liberalen Kapitalismus abgelöst wurde.

Die Geschichte des Kommunismus steht in diesem Spannungsfeld. Die Russische Revolution von 1917 und die von ihr geprägte kommunistische Weltbewegung haben diesem Jahrhundert ihr Signum gegeben. In den Debatten um die Definitionsmacht über dieses zu Ende gehende Jahrhundert ist gegen den Mainstream der veröffentlichten Meinung geltend zu machen, dass dieses Saeculum ohne den Versuch einer Gesellschaftsalternative, ohne Gegenentwurf, an seinem Ende sich mutmaßlich als ein faschistisch und rechtskonservativ beherrschtes Staatensystem (zumindest in Europa und weiteren Teilen der Dritten Welt) darstellen würde. Der liberale, parlamentarische Kapitalismus hat die Mobilisierung seiner regenerativen Kräfte nicht zuletzt der Herausforderung durch seinen Systemgegner zu verdanken.

Mit Eric Hobsbawm ist zu konstatieren, dass eine der Ironien dieses Jahrhunderts darin besteht, dass die Oktoberrevolution das System, das sie beseitigen wollte, am Ende gerettet hat.

Im Ergebnis einer nüchternen Bilanz dieses Jahrhunderts muss jedoch zur Kenntnis genommen werden, dass der Parteikommunismus, der von der Oktoberrevolution intendiert wurde, gescheitert ist.

Das heißt jedoch nicht, dass die Geschichte des Kommunismus im 20. Jahrhundert als Geschichte des Scheiterns einer von Anbeginn verfehlten Idee, als "Schwarzbuch" zu schreiben ist. Geschichte als Resultante divergierender Interessen, als offenes System zu begreifen, heißt auch, sie nicht vom Resultat, dem jeweils vorläufigen, zu schreiben. Geschichte ist insofern nicht nur nach vorn, sondern in gewisser Weise auch nach hinten offen.

Der Kapitalismus des 19. Jahrhunderts als vorwiegend extensiv erweiterter Reproduktionstyp war an Wachstumsgrenzen gestoßen. Der Übergang zum vorwiegend intensiv erweiterten Reproduktionstyp vollzog sich in einer Strukturbruchkrise. Der liberale Kapitalismus geriet in eine Weltkrise, dessen krassester Ausdruck der Erste Weltkrieg war, der von den Zeitgenossen als Menschheitskatastrophe empfunden wurde. Der Kommunismus vom Typ der Oktoberrevolu-

tion war nicht das Ergebnis der Verschwörung bolschewistischer Geheimzirkel sondern Reaktion auf diesen Weltzustand.

Die radikale Infragestellung des kapitalistischen Systems dieser Zeit war die folgerichtige Reaktion der Volksmassen auf ein als unerträglich empfundenenes Regime der Unterdrückung und des Völkermordens.

Die Russische Revolution 1917 wirkte als Initialzündung für einen revolutionären Prozess, der erstmals den Weltkapitalismus erschütterte.

Da jedoch Deutschland und die anderen industriellen Zentren diese Erschütterungen überstanden, verblieb die sich als sozialistisch deklarierende Sowjetmacht letztlich in den Strukturen kapitalistischer Reproduktionsmechanismen. Das sozialistisch intendierte politische System in Sowjetrußland vermochte der staatskapitalistischen Realität zum Teil bemerkenswerte Zugeständnisse abzutrotzen, den sozialistischen Zielvorstellungen näherte es sich je länger desto weniger. Gleichwohl gingen von diesem Projekt nicht nur Faszination, sondern auch Impulse aus, die die Welt real veränderten.

In dem Maße, in dem sich Realität und sozialistische Utopie in der sowjetrussischen Entwicklung entkoppelten, gewann die Berufung auf diese Entwicklung in der kommunistischen Bewegung quasi-religiöse Züge.

Deutscher Kommunismus ist jedoch nicht nur aus der Prägung durch den Impuls der Oktoberrevolution zu erklären. Er hat eigenständige Wurzeln in der deutschen Arbeiterbewegung. Insgesamt ging der deutsche wie der entstehende Weltkommunismus von drei Prämissen aus, die unter den obwaltenden Bedingungen der ersten Nachkriegsjahre nicht nur Kommunisten als durchaus realistisch erschienen:

Erstens konnte man annehmen, dass der Kapitalismus mit Krieg und Nachkriegskrise am Ende seiner Entwicklungsmöglichkeiten angelangt sei und sein Zusammenbruch bevorstünde.

Zweitens schien die sich behauptende Revolution in einem Riesereich wie Rußland nur denkbar als Auftakt einer Weltrevolution.

Drittens glaubten nicht nur Kommunisten an die langfristige wirtschaftliche Überlegenheit des Sozialismus, und sei es nur in einem Lande. Die Faszination, die später von der sich entwickelnden Planwirtschaft auch und gerade für bürgerliche Ökonomen ausging, belegt dies eindrucksvoll.

Diese Prämissen erwiesen sich - vor allem nach dem Ausbleiben der deutschen Räterepublik - von Jahr zu Jahr als weniger haltbar. War ein utopisches Moment, das jeder revolutionären Bewegung und Theorie notwendig eigen ist, in den frühen Jahren durchaus produktiv, so wurde es mit dem Eintritt in die nach- und nicht-revolutionäre Phase der Zwischenkriegsentwicklung in Gestalt des Beharrens auf dem zwangsläufig heranreifenden Zusammenbruch des Imperialismus und der gleichsam naturgesetzlich obsiegenden Weltrevolution kontraproduktiv, wurde es zum Gedankendogma, das kreative Ansätze konterkarierte.

Die Geburt der ersten deutschen Republik vollzog sich inmitten schwerer politischer und sozialer Erschütterungen. Bis in das Frühjahr des Jahres 1919 erfassten immer wieder aufflammende Auseinandersetzungen das Land.

Die Entstehung der Weimarer Demokratie blieb jedoch mit dem Makel behaftet, aus einer Mesalliance von rechter Mehrheitssozialdemokratie und alten Eliten hervorgegangen zu sein. Die Weimarer Republik gründete sich auf die Zerschlagung der radikalen Linken nicht nur in den Januarkämpfen in Berlin, sondern auch der Bremer und der Münchner Räterepubliken mit Hilfe der Gegner der entstehenden Republik. Das erschwerte es der kommunistischen Arbeiterbewegung unsäglich, das Ergebnis der deutschen Revolution von 1918/19 als das anzunehmen, was es war: ein bedeutender Sieg der Arbeiterbewegung, ein enormer Modernisierungsschub in der deutschen Gesellschaft.

Es überforderte kommunistisches Selbstverständnis, die Weimarer Verfassung angesichts der sich mit der Staatsmacht arrangierenden Konterrevolution als bedeutenden Fortschritt zu begreifen. Zudem ließ auch die internationale Situation den Schluss zu, dass mehr möglich war, als diese halbherzige Revolution.

In Sowjetrußland behaupteten sich die Bolschewiki, in Ungarn existierte eine Räteweltmacht. Das kapitalistische System taumelte zumindest in den Staaten der Weltkriegsverlierer von einer Krise in die andere. Die Forderung nach dem ganz anderen erschien als realistisch. Und sie erschien angesichts des schweren Überlebenskampfes der Russischen Revolution als absolutes Muss für jeden Revolutionär. Nur die Wege und Methoden waren strittig.

Rosa Luxemburgs zögernde Politik, die orientiert war auf die Mitnahme größerer Teile der organisierten Arbeiterschaft in eine neue Partei, die sie auch lieber "Sozialistische Partei" genannt hätte, ihr bremsender Kurs bei der Gründung der Kommunistischen Internationale, der die Loslösung des linken Flügels in der II 1/2. Internationale abwarten wollte, um mit ihm gemeinsam ein Gegen-

gewicht gegen die Bolschewiki in der neuzugründenden III. Internationale zu haben, stieß auf die Ungeduld und Überschätzung der revolutionären Möglichkeiten in den eigenen Reihen und die zunehmend verzweifelte Hoffnung Lenins und seiner Mitstreiter auf Entsatz aus dem Westen.

Die Märzkämpfe in Berlin, der mitteldeutsche Generalstreik, die Münchener Räterepublik schienen diesen Hoffnungen auf einen neuen revolutionären Aufschwung Nahrung zu geben. Dennoch kam Paul Levi bereits im Sommer 1919 zu der realistischen Einschätzung, dass "die Epoche, die am 9. November eingesetzt hat", zu Ende sei. Folgerichtig orientierte Levi, der als engster Vertrauter Rosa Luxemburgs als ihr Testamentsvollstrecker gelten kann, auf den Aufbau einer dem Wesen nach linkssozialistischen Massenpartei, die nur unter Gewinnung zumindest wesentlicher Teile der USPD zu schaffen war. Dieser Kurs erforderte gleichzeitig die Abgrenzung von revolutionaristischen Kräften, die die KPD in die Isolierung zu treiben drohten. Die Auseinandersetzung mit der Opposition, die mit dem nicht unproblematischen Ausschluss eines ganzen Flügels der Partei und der Bildung der KAPD endete, machte den Weg frei für den von Levi betriebenen Zusammenschluss mit der USPD. Deren Teilnahme am II. Weltkongress der Komintern im Juli/August 1920 setzte ein Zeichen für die Möglichkeit des Zusammengehens. Die politische Großwetterlage begann sich in dieser Zeit jedoch erneut zu ändern.

Hatte Lenin Levi grundsätzlich in dessen Kampf gegen den Linksradikalismus unterstützt - seine Schrift gegen diese Strömung war soeben erschienen - so traten im Sommer/Herbst 1920 neue Peripetien mit dem sowjetrussisch-polnischen Krieg in den Vordergrund. Der Vorstoß der Roten Armee tief in polnisches Territorium verleitete die Führung der RKP(B) dazu, "mit dem Bajonett [zu] erkunden, ob die soziale Revolution des Proletariats in Polen herangereift ist". Als Lenin dies in einer internen erst vor wenigen Jahren veröffentlichten Rede auf der IX. Parteikonferenz der RKP(B) im September 1920 sagte, war dieser Versuch, die Revolution mit militärischen Mitteln über die Grenzen Sowjetrusslands zu tragen, bereits gescheitert.

Die Entscheidung zu diesem Schritt - so Lenin - fiel während der Tagungszeit des II. Weltkongresses. Die Anwesenheit solcher "Elemente" wie der deutschen Unabhängigen ermöglichte es nicht, diese Frage auf dem Kominternkongress aufzuwerfen. "Hinauswerfen konnte man sie zu dieser Zeit nicht. Man musste der kommunistischen Weltpartei zeigen, dass wir sie nicht in unseren Reihen lassen wollen (...). Daher wurde diese Frage auf dem Kongress

bewusst nicht berührt." Der Anspruch der Partei der Avantgarde, der Partei, die die Weltrevolution "macht" und die dazu die "kommunistische Weltpartei" benötigt, war nicht zu überhören. "Die >Rote Fahne<" - so Lenin weiter - "und viele andere können nicht einmal den Gedanken zulassen, dass wir mit unseren Händen die Sowjetisierung Polens unterstützen. Diese Leute halten sich für Kommunisten, aber einige von ihnen sind Nationalisten und Pazifisten geblieben."

Dieses Partei- und Revolutionskonzept war in der Tat nur bedingt kompatibel mit dem aus dem Spartakusbund und der Schule Rosa Luxemburgs hervorgegangenen. Die 21 Bedingungen für die Aufnahme in die Komintern zurrten dann auch die Merkmale der Partei neuen Typs als Aufnahmekriterien fest und die Statuten verpflichteten die Sektionen der Weltpartei auf den demokratischen Zentralismus, d. h. einen Zentralismus, der dem "Generalstab der Weltrevolution" weitestgehende Eingriffsmöglichkeiten in die Angelegenheiten der nationalen Sektionen bot.

Der Kurs der Komintern auf Loslösung der "revolutionären Kräfte" von den Führern der zentristischen Parteien verfolgte stringent das Konzept der Weltrevolution, das nur von Avantgardeparteien zu realisieren war. Damit war der Konflikt mit der "Levi-Zentrale" vorprogrammiert. Dieser Konflikt war jedoch nicht gekennzeichnet durch die Linie hier KPD da Komintern, sondern er durchzog gleichermaßen beide Gliederungen. Zunächst wurde er verdeckt durch die Zustimmung des linken Flügels der USPD zu den Beschlüssen des II. Weltkongresses. Bis zum Ende des Jahres 1920 gelang es, den Prozess der Lostrennung des linken Flügels der USPD so voranzutreiben, dass etwa ein Drittel der Mitglieder der USPD mit der KPD zur Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (VKPD) fusionierten. Damit war eine kommunistische Massenpartei in Deutschland entstanden, die auch international großes Gewicht besaß. War sie doch mit weitem Abstand die weltweit stärkste kommunistische Partei außerhalb Sowjetrusslands.

Mit der Politik des "Offenen Briefes" an die Gewerkschaften und Arbeiterparteien vom 8. Januar 1921, die realistische Angebote zum gemeinsamen Vorgehen gegen die Kapitaloffensive unterbreitete, ging die soeben konstituierte VKPD einen wichtigen Schritt in die Richtung einer an den Tagesaufgaben und Tagesnöten der Werktätigen orientierten Politik, die gleichzeitig ihren revolutionären, anti-kapitalistischen Anspruch nicht preisgab. Obwohl Lenin diese Politik nachdrücklich unterstützte, blieb sie in der Komintern wie in der KPD umstritten. Besonders in der Berliner Organisation der VKPD formierte sich eine linke Opposition um Ruth Fischer und Arcady

Maslow. In der Komintern fröndierten Grigori Sinowjew und Nikolai Bucharin gegen Levi. Karl Radek, mit Paul Levi eins in der Einheitsfrontpolitik, misstraute dennoch dem "Luxemburgschen" Politikansatz Levis.

Im Frühjahr 1921 kam dieser Gegensatz zwischen dem bolschewistisch-avantgardistischen Revolutions- und Parteikonzept und dem linkssozialistisch-demokratischen Politikverständnis Levis zum Aus-
trag.

Ermutigt durch die sprunghaft gewachsene Stärke der VKPD wurde eine Politik entwickelt, die ganz im Stile des Avantgardismus die Offensive suchte und in Verkennung der Kräfteverhältnisse in den Märzkämpfen einer gezielten Provokation der Reaktion in die Falle ging. Paul Levi lief gegen diese Politik mit seiner Broschüre "Unser Weg. Wider den Putschismus" Sturm. Kurz zuvor hatte sich der Gegensatz zwischen der Führung des EKKI und Levi bereits anlässlich der italienischen Parteispaltung zugespitzt. Es ging im Kern wiederum um die Frage nach Wesen und Funktion der Partei. Levi und mit ihm u. a. Clara Zetkin lehnten den Kurs der Komintern auf eine kleine, reine italienische Partei, die sich von der linken Mehrheit der Sozialisten trennte, ab. Auf Weisung der Komintern-Führung wurde ohne Not die Chance preisgegeben, die Mehrheit der italienischen Sozialisten für die Komintern zu gewinnen.

Auf der Zentralaussschusstagung der VKPD Ende Februar 1921 griff Paul Levi diese Linie der Komintern in der italienischen und deutschen Frage scharf an. Seine Option war die konsequente Fortsetzung des Kurses des "Offenen Briefes" vom 8. Januar 1921 mit dem Ziel, eine möglichst breite linkssozialistische Strömung in der deutschen wie internationalen Arbeiterbewegung unter dem Dach der Komintern zusammenzuführen. Das stand in der Tat der Politik, wie sie in den 21 Aufnahmebedingungen des II. Weltkongresses Niederschlag gefunden hatte, diametral entgegen.

Im letzten Wort der DDR-Geschichtsschreibung, dem nicht mehr erschienenen Band 2 der Geschichte der SED, hieß es denn auch folgerichtig: Paul Levi "polemisierte gegen die Aufnahmebedingungen und warf der Komintern Unverständnis für westeuropäische Fragen vor. Seine Polemik gegen die Kommunistische Internationale und gegen Grunderkenntnisse des Leninismus lief darauf hinaus, die im Kampf gegen den Opportunismus errungenen Fortschritte der Partei, ja ihre politische und ideologische Selbständigkeit in Frage zu stellen." Tatsächlich stand der Versuch einer linkssozialistisch intendierten Realpolitik im Kapitalismus, mit dem Ziel diesen zu überwinden, einer Politik gegenüber, die fundamentalistisch am Konzept der Weltrevolution und dem Glauben von der

Machbarkeit dieser Revolution festhielt. Dieser Widerspruch reproduzierte sich in der Geschichte des Parteikommunismus des Komintern-Typs bis zu seinem Ende immer wieder. Die Niederlage Paul Levis und seiner Parteigänger in der Zentralaussschusstagung, die mit 28 gegen 23 Stimmen die Haltung der Komintern billigte, war folgeschwer. Sie führte zum Rücktritt von Levi und des Co-Vorsitzenden Ernst Däumig sowie von Otto Brass, Adolph Hoffmann und Clara Zetkin. Der im weiteren Verlauf dieser Auseinandersetzung erfolgende Ausschluss Paul Levis und das Ausscheiden führender ehemaliger USPD-Funktionäre reduzierte die geringe Chance, die Komintern offen zu halten für eine breitere Sammlung der Kräfte der Arbeiterbewegung links von der reformistischen Sozialdemokratie vom Typ der MSPD. Das vertiefte die Spaltung der Arbeiterbewegung und führte zu einer Polarisierung, die linkssozialdemokratische Kräfte von der kommunistischen Bewegung abstieß. Die Option für eine einheitliche, demokratische, linkssozialistisch-kommunistische Organisation im nationalen wie internationalen Maßstab verlor ihre wichtigsten Protagonisten. Damit war eine wichtige Vorentscheidung gefallen, die die KPD auf den Weg des bolschewistischen Parteityps drängte.

Die denkbar knappe Abstimmungsniederlage Levis signalisierte jedoch auch die unsicheren Mehrheitsverhältnisse in der Partei. Zudem vertraten die obsiegenden Kräfte um Heinrich Brandler, Walter Stoecker, August Thalheimer oder Ernst Meyer keine Levi grundsätzlich entgegengesetzten Politikansätze. Die Erfahrungen der Märzkämpfe relativierten die Gegensätze und führten zur Rückbesinnung auf den Kurs des "Offenen Briefes". Nach einer erneuten Zuspitzung des Konfliktes auf der 4. Zentralaussschusstagung im April 1921, in dessen Ergebnis Paul Levi wegen angeblich groben Vertrauensbruchs und schwerer Parteischädigung aus der VKPD ausgeschlossen wurde, brachte erst der III. Weltkongress der Komintern im Juni/Juli 1921 die erneute Trendwende. Dennoch musste Lenin das ganze Gewicht seiner Autorität in die Waagschale werfen, um den Widerstand insbesondere der linken Opposition in der VKPD zu überwinden. Nicht unabhängig von der katastrophalen wirtschaftlichen Lage und den innenpolitischen Problemen Sowjetruslands (Kronstädter Aufstand) drängte alles zu einer Politik der Abkehr von revolutionaristischen Konzepten. Die Weltwirtschaft begann sich erkennbar zu stabilisieren. Sowjetrusland benötigte dringend politische Ruhe im Inneren und ökonomische Hilfe von außen. Für alle die sehen konnten, war das weltrevolutionäre Konzept zumindest vorerst gescheitert.

Nach einer Phase fruchtbarer Realpolitik, die in diesem Klima gedieh und die mit den Konzepten der Einheitsfrontpolitik und dem

Ringen um Arbeiterregierungen deutlichsten Ausdruck fand, schien die erneute Zuspitzung der politischen und ökonomischen Verhältnisse 1923 erneut eine Chance zu bieten, den Traum von der Weltrevolution wahr werden zu lassen. Die generalstabsmäßige "Organisation" des "deutschen Oktobers" endete jedoch in einem Desaster. Erneut stand die kommunistische Bewegung vor der Frage nach den Möglichkeiten revolutionärer Politik in nicht-revolutionärer Zeit. Die Nichtbewältigung der Erfahrungen des Jahres 1923 sollte sich für die KPD als schwere Hypothek auf ihre Zukunft erweisen.

Die Partei zerrieb sich in schweren innerparteilichen Flügelkämpfen in deren Verlauf linksradikalistisch-fundamentalistische Kräfte die Oberhand gewannen und der Masseneinfluss erheblich zurückging. Der Einfluss Moskaus nahm evident zu.

Noch war jedoch der Prozess der Fremdsteuerung der KPD durch Moskau nicht irreversibel. Widerständige Parteiführungen wurden noch nicht - wie ein reichliches Jahrzehnt später im Falle der Kommunistischen Partei Polens - liquidiert. Die KPD verfügte über ein beträchtliches Eigengewicht in der Komintern. Ihr Wirken unter den Bedingungen der Weimarer Republik bot ihr - trotz mannigfaltiger Einschränkungen Spielräume, die zu nutzen waren. Die "Politik der Konzentration", so die Bezeichnung für die Einbeziehung von Kräften der sogenannten Mittelgruppe, die einen realistischeren Politikansatz vertrat als die selbsternannten "Linken", bot Chancen für eine eigenständige Politik der KPD in der Weimarer Demokratie links von der SPD. In einer kontroversen Parteidiskussion im Herbst 1925 und auf der 1. Parteikonferenz Anfang November formierten sich die innerparteilichen Flügel neu. Die Übernahme der Parteiführung durch den von Thälmann repräsentierten Flügel der "Linken" führte zu deren Spaltung und zur Annäherung dieser an die Mittelgruppe einerseits wie zur Annäherung der Fischer-Maslow-Gruppierung an die "Ultralinken" um Scholem, Urbahns und Rosenberg andererseits. Schrittweise wurde die jetzt als "linke Opposition" firmierende Gruppierung aus der Parteiführung verdrängt. Es entstanden erneut Möglichkeiten, eine realistische und konstruktive Politik links von der SPD zu etablieren. Vertreter einer solchen Politik waren insbesondere neben den sogenannten Rechten, die aber kaum noch über Einflussmöglichkeiten verfügten, die sich um Arthur Ewert und Ernst Meyer sammelnden Anhänger der Mittelgruppe. Es waren überwiegend erfahrene, in der Geschichte der deutschen Linken verwurzelte Kommunisten, die eine realistische, an den Tagesaufgaben orientierte Politik der Interessenvertretung der werktätigen Bevölkerung betreiben wollten.

Die KPD hatte es Ende 1925/Anfang 1926 vermocht, sich mit der Kampagne zur entschädigungslosen Enteignung der Fürsten aus der Isolierung, in die sie nach dem Oktober 1923 politisch geraten war, partiell zu lösen. Die über 12 Millionen zustimmenden Wahlberechtigten beim Volksbegehren im März und die mehr als 14 Millionen Stimmen beim Volksentscheid im Juni 1926 bezeugten trotz des verfehlten Zieles die Kraft einheitlicher Aktionen der Arbeiterbewegung in Verbindung mit anderen demokratischen Kräften. Bemühungen der KPD, sich stärker dem flachen Lande zuzuwenden, fanden ihre Bündelung im agrarpolitischen Programm vom 10. Februar 1926 "Das Gesicht dem Dorfe zu!". Mit der Bewegung für einen Kongress der Werktätigen versuchte die KPD, ein parteiübergreifendes Forum zur Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten, der Arbeitslosen, der Kriegs- und Inflationsopfer, der Intelligenz und der Bauern zu schaffen.

Innerparteilich wurden die Kräfte jedoch noch in beträchtlichem Maße durch die Auseinandersetzungen mit den "ultralinken" Gruppierungen gebunden.

Der Schwachpunkt dieser Auseinandersetzungen bestand darin, dass die führende Gruppe in der KPD, für die Ernst Thälmann stand, einerseits einer Öffnung der Partei zu einer neuen Massenpolitik zustimmte, wie sie insbesondere durch die Meyer-Gruppe eingefordert und betrieben wurde, andererseits selbst in ihrem Politikstil vielen "ultralinken" Rastern verhaftet blieb.

So stand die KPD des Jahres 1927 - zehn Jahre nach dem Oktober 1917- vor einer Wende, die die Entscheidung bot zwischen dem Weg genuiner proletarischer Emanzipation eines demokratischen Sozialismus in der Folge Rosa Luxemburgs, Paul Levis, August Thalheimers oder dem Weg der Verabsolutierung der Russischen Revolution. Diese Ambivalenz prägte auch die Massenpolitik der KPD. Nach der Zurückdrängung des "ultralinken" Einflusses auf die politische Linie der Partei wuchs der Einfluss der Vertreter der Mittelgruppe. Das fand seinen Niederschlag in dem Bemühen, Massenaktionen gegen den Rechtskurs der Bürgerblockregierung auszulösen und gegen die erneut zunehmende Gefahr faschistischer und rechtskonservativer Vorstöße gemeinsam mit der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften vorzugehen. Der Rote Frontkämpferbund wurde in dieser Zeit immer stärker zum Symbol für den deutschen Kommunismus unter der Bevölkerung. Sein Aufmarsch gegen den "Reichsfrontsoldatentag" am 7. und 8. Mai 1927 erzwang den vorzeitigen Abbruch der Provokation.

Verstärkt trat die KPD in ihren verschiedenen Gliederungen an SPD und ADGB mit dem Angebot heran, sich über Maßnahmen

gegen die Bürgerblockregierung zu verständigen. Sie erklärte die Bereitschaft, die Bildung und Tätigkeit sozialdemokratischer Minderheitsregierungen zu ermöglichen. Alle diese Bemühungen scheiterten. Die SPD lehnte es ab, sich auf ein Regierungsprogramm festzulegen. Viele der Vorschläge der KPD waren allerdings auch so formuliert, dass die Ablehnung durch die Sozialdemokratie vorprogrammiert war und der propagandistische Effekt im Vordergrund stand. Dennoch konzentrierte sich die KPD im Verlaufe des Jahres zunehmend auf die Aufgabe, den Sturz des Bürgerblocks zu erreichen. Dieses Ziel verstand die Tagung des Zentralkomitees im September 1927 als Nahziel in ihrem Kampf um die Diktatur des Proletariats. Eine Ablösung der Bürgerblockregierung durch eine Regierung unter Beteiligung der Kommunisten wurde nicht in Betracht gezogen. Eine interne Erklärung des Zentralkomitees vom 28. Oktober 1927 stellte fest, eine solche Beteiligung sei für die Zukunft nicht auszuschließen, im Augenblick würde eine solche Fragestellung allerdings nur verwirren. Die KPD engagierte sich mit zunehmendem Realismus in der Sozial- und Wohnungspolitik für die Interessen der werktätigen Bevölkerung. Sie wandte sich auf kultur- und schulpolitischem Gebiet gegen Vorstöße der Bürgerblockregierung. Sie schuf ein System von sozial- und kulturpolitischen Organisationen. Alle diese Schritte erforderten immer dringlicher ein geschlossenes Konzept, das programmatisch das Verhältnis von Teil- und Endzielen bestimmte und die Partei in den aktuellen Tageskämpfen handlungsfähiger machte. Wurde doch vielfach jeder praktische Schritt der kommunistischen Kommunalpolitiker und Parlamentarier, wenn sie ihr Gremium nicht nur als "Tribüne" zur Propagierung der Weltrevolution nutzten, von dem starken fundamentalistischen Flügel in der Partei als potentielle "Rechtsabweichung" oder "opportunistische Schweinerei" beargwöhnt.

Die Chancen für eine realistischere Politik schienen in dieser Phase nicht gering zu sein. Mit Ernst Meyer und Arthur Ewert hatten zwei profilierte Vertreter eines solchen Kurses starke Positionen in der Parteiführung gewonnen. In diesem Sinne drängten sowohl "Rechte" als auch Vertreter der Mittelgruppe seit längerem auf ein Aktionsprogramm, das verlässliche Richtlinien für eine flexible Massenpolitik bot.

Heinrich Brandler hatte bereits vor dem Essener Parteitag ein Aktionsprogramm entworfen, das Grundlage für entsprechende Vorschläge seiner Gesinnungsgenossen auf dem Parteitag war. Deren Ablehnung war eine reine Richtungsentscheidung. Dabei lag diese Forderung gleichsam in der Luft. Selbst S. A. Losowski, führender Gewerkschaftsfunktionär der Komintern und opportunisti-

scher Abweichungen höchst unverdächtig, hatte schon auf der VII. Tagung des Exekutivkomitees in von ihm eingebrachten Thesen erklärt: "Angesichts des riesenhaften Drucks des Kapitals, der rapiden Senkung der Lebenshaltung der Massen, des Raubes der alten Errungenschaften muss der Kampf um die Einheit (der Arbeiterklasse - d. Verf.) natürlicherweise auf der Grundlage eines konkreten Aktionsprogramms geführt werden." Das "Manifest an die deutsche Arbeiterklasse" des 11. Parteitages fasste in diesem Sinne die "Generallinie für die nächsten Stufen des proletarischen Klassenkampfes" zusammen:

Kampf gegen Kriegsgefahr, für Achtstundentag und höhere Löhne, Einheitsfront der deutschen Arbeiterklasse. Jacob Walcher u. a. beantragten die Annahme ihres Konzeptes der Produktionskontrolle, das sie in einem Aktionsprogramm begründen wollten. Dieses Programm, das auf Heinrich Brandlers Vorschläge zurückging, knüpfte an Strategien der KPD aus der Zeit der Nachkriegskrise an, berücksichtigte jedoch die veränderten Klassenkampfbedingungen. In ihrem Kern versuchte diese Orientierung, ausgehend von den rasanten Konzentrationsprozessen in der deutschen Wirtschaft eine Strategie zu entwickeln, die es ermöglichte, über die konkrete Kontrolle der "Trustbourgeoisie" den Kampf um die Produktionskontrolle (weiterzuführen) zur Bildung und Zusammenfassung von Klassenorganen, Betriebsräten, Kontroll-, Teuerungs- und Aktionsausschüssen [...], aus denen sich im Stadium der entscheidenden Kämpfe die Räte, die Herrschaftsorgane des siegreichen Proletariats, entwickeln können". Der Parteitag lehnte diesen Antrag ab. Dennoch blieb die Forderung nach einem Aktionsprogramm in der Partei virulent. Auf der Tagung des Zentralkomitees im Mai 1927 wurde sie erneut diskutiert. Die beiden Konzepte, Produktionskontrolle oder Kampf dem Bürgerblock, wurden abgewogen. Die "Produktionskontrolleure" waren in der Minderheit. Strittig blieb auch hier die Haltung zur linken Sozialdemokratie.

In der Auseinandersetzung zum Aktionsprogramm lenkte Ernst Thälmann jedoch ein: "Vielleicht fehlt uns etwas in der Partei, vielleicht fehlen uns im Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung außer dem Kampf um den Achtstundentag bestimmte Richtlinien über eine bestimmte konkrete Politik. "

Auf seinen Tagungen vom Juli und September 1927 führte das Zentralkomitee die Auseinandersetzungen um ein praktikables Konzept für die kommunistische Politik in der gegebenen Situation der Machtstabilisierung fort. Ernst Meyer verdeutlichte im Juli-Pleum die zunehmende Kompliziertheit der Kampfbedingungen: die weitere Stabilisierung des Kapitalismus, den geschlossenen Block

der deutschen Großbourgeoisie, die in ihrem Sinne agierende Regierung. Die zentrale Losung war "Sturz der Bürgerblockregierung".

An diese Losung wurden vor allem sozialpolitische, gewerkschaftliche und allgemeine demokratische politische Forderungen geknüpft. Aber der Thälmann-Flügel sträubte sich nach wie vor gegen ein so verstandenes Aktionsprogramm. Seine Logik war folgende:

Übergangsforderungen als Vehikel zur Mobilisierung der Massen in revolutionären Zeiten ja, weil sie den Prozess der Revolutionierung vorantreiben könnten, in nichtrevolutionären Zeiten nein, weil sie opportunistische Illusionen beförderten. Diese Logik war in sich schlüssig, aber falsch. Sie verurteilte letztlich die kommunistische Bewegung in nichtrevolutionären Zeiten zur Aufgabe einer Massenpolitik und zum reinen Fundamentalismus.

Im Herbst 1927 nahm dennoch das ungeliebte Projekt "Aktionsprogramm" Gestalt an. Die ZK-Tagung vom 8. bis 9. Dezember 1927 nahm einen von Joseph Winternitz u. a. erarbeiteten Entwurf eines Aktionsprogramms entgegen. Ursprünglich war die Versendung des Entwurfs an alle Bezirksleitungen der KPD vorgesehen. Der Manuskriptdruck war mit dem Hinweis "Nur zur Verwendung für Mitglieder der Bezirksleitungen der KPD" versehen. Selbst das geschah jedoch nicht. Der Entwurf des Aktionsprogramms verblieb undiskutiert und folgenlos in den Händen eines kleinen Zirkels von Parteiarbeitern. Die Vermutung, dass die sich deutlich ankündigende erneute "Linkswendung" der Komintern ein solches "Aktionsprogramm" obsolet erscheinen ließ, liegt nahe. Wilhelm Florin nannte den Entwurf - sicher zutreffend - "Richtlinien des Kampfes der Partei gemäß den Beschlüssen des Essener Parteitages". Die im Verlaufe des Jahres 1927 gewonnenen Erfahrungen des Massenkampfes wurden unzureichend aufgegriffen. In seiner politischen Stoßrichtung blieb der Entwurf eher linkstraditionalistisch. In der Haltung zur Sozialdemokratie wurden bereits erreichte Positionen wieder preisgegeben. Die Sozialdemokratie war wiederum die "stärkste Stütze der bürgerlichen Klassenherrschaft in den Massen". Den "Weg zum Siege" sah das Programm weniger in Nutzung der Möglichkeiten der parlamentarischen Demokratie, in ihrem Voran- und über sich selbst Hinaustreiben, als in der "Ersetzung der parlamentarischen Schwatzbuden durch die Räte der Werktätigen". "Bei Strafe ihres Unterganges durch eine Kette von Krisen und Kriegen müssen die arbeitenden Massen Deutschlands durch den revolutionären Kampf dieses große Ziel erreichen: Ein freies sozialistisches Deutschland im engen Bunde mit der Sowjetunion als ein Glied der kommenden Vereinigten Sozialistischen Staaten Europas ."

Der Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Erklärung fiel zusammen mit dem Abschluss des sogenannten Geheimabkommens zwischen sowjetrussischer und deutscher Delegation im Umfeld des IX. Plenums der Exekutive der Komintern im Februar 1928, das einen neuen "Linkskurs" einleitete.

Die Entscheidung zwischen dem "Ankommen" in den Machtstrukturen und Möglichkeiten der Weimarer parlamentarischen Demokratie und einer Politik, die ausgehend von diesem Boden Veränderungen einforderte auf der einen Seite und einer Politik der Fundamentalopposition, die sich der realistischen Situationsanalyse entzog und in revolutionären Attentismus verfiel, war in einer Kombination von inneren und äußeren Faktoren zugunsten der letzteren erfolgt.

Die restaurative Grundstimmung der herrschenden Eliten der Weimarer Republik und die Ausgrenzung der Kommunisten taten ein übriges. Während die Sozialdemokratie zunehmend aus 'der Fluchtburg und dem Ghetto des Milieus herauswuchs, übernahm die kommunistisch geprägte Arbeiterschaft zunehmend diese Sozialisierung. Sie ähnelte in vielem der Sozialdemokratie der achtziger und neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts mehr als die Sozialdemokratie der endzwanziger Jahre des 20. Jahrhunderts.

Die seit der Jahreswende 1928/29 zunehmende Verhärtung der Auseinandersetzungen zwischen SPD und KPD erreichte mit dem "Blutmai" 1929 einen vorläufigen Höhepunkt.

In diesem Klima gedieh die für die kommunistische Bewegung selbstzerstörerische Sozialfaschismusthese, die von Anfang an falsch und irreführend Sozialdemokratie und Faschismus gleichsetzte. In dem Maße wie dieses schädliche Theorem das Denken der deutschen Kommunisten beeinflusste, blockierte es den Zugang zu einer wirksamen Einheitsfrontpolitik, einer Realpolitik, die - zumal in Deutschland - nicht gegen die Sozialdemokratie zu haben war. Es entwertete den kommunistischen Antifaschismus erheblich. Umgekehrt schien der Sozialdemokratie der 1. Mai 1929 als abgekartete Inszenierung der Kommunisten, die "Tote" brauchten.

Was in der Realität weder ein kommunistischer Putschversuch auf der einen noch auf der anderen Seite ein "Auftakt für die faschistischen Diktaturpläne der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie" war, wurde dieses in der virtuellen Fiktion der Kontrahenten. Der 12. Parteitag der KPD (9. bis 15. Juni 1929) zementierte diese Frontstellung. Er bestätigte den Erfolg der von Stalin gestützten Führungsgruppe Thälmann, Neumann, Remmele, er bestätigte die erneute "Linkswendung" der KPD, die in der Sozialfaschismusthese und der Erklärung der linken Sozialdemokratie zum gefährlichsten

Gegner ihren Ausdruck fand. Dieser Kurswechsel wurde begründet mit den heranreifenden revolutionären Kämpfen, die sich aus der krisenhaften Entwicklung des Kapitalismus und der wachsenden Kriegsgefahr, der Vorbereitung eines imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion ergeben würden. Die Sozialdemokratie sei die führende Kraft der Kriegsvorbereitung.

Mit dieser grundfalschen Orientierung führte die KPD die Vielzahl realistischer, an den Interessen der Bevölkerung orientierten Maßnahmen, Aktivitäten, Beschlüsse im Umfeld des Parteitages ad absurdum.

Der 12. (Weddinger) Parteitag schloss eine Entwicklung in der KPD ab, die im November 1923 eingesetzt hatte, im 9. (Frankfurter) und 10. (Berliner) Parteitag kulminierte und auf dem 11. (Essener) Parteitag teilweise zurück genommen worden war. Abgeschlossen wurde die Verbindung zur Frühgeschichte des deutschen Kommunismus. Er stellte inhaltlich und personell den Bruch mit der Partei Rosa Luxemburgs, Karl Liebknechts, Paul Levis, Heinrich Brandlers und August Thalheimers dar.

In ihrer Führung und in ihrem Apparat hatte sich die KPD endgültig auf den Kurs der von Stalin dominierten KPdSU(B)-Führung eingeschworen. Weichenstellungen künftiger Entwicklungen des Kommunismus, die zu seinem emanzipatorischen Kurs hätte zurückfinden können waren nur noch im Bruch mit dem gewordenen kommunistischen Parteityp zu haben.

Siegfried Prokop

Parteiprogramme der SED

Die vierbändige SED-Geschichte, die zum XI. Parteitag der SED im Jahre 1986 erscheinen sollte¹, ging davon aus, dass die SED in ihrer Geschichte im engeren Sinne drei Programme (im weiteren Sinne zählte die SED alle revolutionären Programme der deutschen Arbeiterparteien dazu) verabschiedet habe. Das war nicht exakt, denn die vom Vereinigungsparteitag 1946 angenommenen "Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands" waren kein Parteiprogramm. Der Vereinigungsparteitag wählte zwar mit einer Stimmenthaltung eine Programmkommission,² die SED schob jedoch infolge der verworrenen Nachkriegsverhältnisse die Aufgabe, ein Parteiprogramm zu erarbeiten und zu verabschieden, von Parteitag zu Parteitag vor sich her. Erst der VI. Parteitag im Jahre 1963 verabschiedete das erste Programm der Nachkriegszeit. 1976 folgte das zweite Parteiprogramm. Das Dilemma bestand nach dem Selbstverständnis der SED darin, dass sie 1963 annahm, das "Zeitalter des Sozialismus (habe) in der Geschichte des deutschen Volkes" begonnen, ohne bis dahin nach einem Programm gehandelt zu haben. Vor dieses Dilemma gestellt, wurden die "Grundsätze und Ziele der SED" nachträglich in den Rang eines Parteiprogramms erhoben³. Dagegen muss auch heute nicht unbedingt Einspruch eingelegt werden, weil die späteren zwei Parteiprogramme der SED im theoretischen Niveau deutlich hinter den "Grundsätzen und Zielen" zurückblieben, d. h. die "Grundsätze und Ziele" können sich durchaus mit dem Maßstab eines Parteiprogramms messen lassen. Mit anderen Worten: die sieben Seiten der "Grundsätze und Ziele" bargen mehr Substanz als die 120 Seiten von 1963 bzw. die 55 Seiten des 1976 folgenden Parteiprogramms.

Die "Grundsätze und Ziele" stützten sich in ihrer theoretischen Substanz auf umfangreiche Ausarbeitungen von Kommissionen der Exil-KPD in Moskau, die einmündeten in das "Aktionsprogramm des Blocks der kämpferischen Demokratie"⁴. Für die Gegenwartsforderungen hatten die SPD und die KPD mit ihren Aufrufen vom 11. und 15. Juni 1945 eine tragfähige Grundlage geschaffen. Für die perspektivischen Aufgaben konnte auf die programmatischen Dokumente der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung zurückgegriffen werden. Der Entwurf der Grundsätze und Ziele war am 26. Januar 1946 auf einer gemeinsamen Konferenz des ZK der KPD

und des Zentralausschusses der SPD von einer gemeinsamen Studienkommission zur Diskussion vorgelegt worden. In Betrieben, Gemeinden, Kreisen, Ländern und Provinzen sowie auf dem 15. Parteitag der KPD und dem 40. Parteitag der SPD fand der Entwurf der "Grundsätze und Ziele" prinzipielle Zustimmung. Auf dem Vereinigungsparteitag erhielt die Programmkommission nur einen Änderungsvorschlag. Die Wortgruppe "Verwandlung des Privateigentums an Grund und Boden und an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum" wurde durch die Formulierung "Verwandlung des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum"⁵ ersetzt. Es handelte sich also um keine prinzipielle Veränderung. Zu dieser scheinbaren Einmütigkeit bei der Debatte um den Entwurf der "Grundsätze und Ziele" kam die "einstimmige" Zustimmung des Parteitages.⁶

Es sei darauf verwiesen, dass die separate Vereinigung von SPD und KPD schon zu einem so frühen Zeitpunkt (d.h. noch vor dem Stattfinden von Reichsparteitag!) mit erheblichen Problemen belastet war und sich unter einem enormen sowjetischen Druck vollzog. Ich deute das Konfliktfeld hier nur an, weil darüber schon in anderen Zusammenhängen debattiert wurde.

Das Misstrauen der SPD – Mitglieder, die Kommunisten könnten es mit der von ihnen viel beschworen antifaschistischen Demokratie so ernst nicht nehmen, saß tief. Die KPD kam nicht umhin, etwas zu tun, um dieses Misstrauen zu besänftigen. So erhielt Anton Ackermann von der Führung der KPD grünes Licht für die Veröffentlichung seines Artikels "Gibt es einen besonderen Weg zum Sozialismus?" im Heft 1/1946 der von der SPD und KPD gemeinsam herausgegebenen Zeitschrift "Einheit". Dieser Artikel traf die Stimmungslage vieler Sozialdemokraten, weil er einen "Dritten Weg" jenseits von Nationalsozialismus und Militarismus, Kapitalismus und Kommunismus zu eröffnen schien. Solche Projekte wurden von der Labour- Regierung in London verfolgt, in Paris, zumindest von den kommunistischen Ministern, angestrebt und auch in der amerikanischen Militärregierung (OMGUS) wurden "zunächst Sozialisierungsmaßnahmen nicht ausgeschlossen."⁷ Jossif W. Stalin hatte seine Zustimmung dazu gegeben, dass in der sowjetischen Zone es nicht darum geht, das Sowjetsystem einzuführen⁸. Schon im KPD-Aufruf vom 11. Juni war jeglicher Sozialismus- Bezug und auch der Begriff der Sozialisierung vermieden worden. Statt dessen war davon gesprochen worden, "die Sache der bürgerlich- demokratischen Umbildung, die 1848 begonnen wurde, zu Ende zu führen."

Ziel sei

- die Enteignung von Großgrundbesitz und von Nazi- und Kriegsverbrechern und
- die "Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch- demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten des Volkes".⁹

Der Aufruf des ZA der SPD vom 15. Juni 1945 "Vom Chaos zur Ordnung" stimmte in wesentlichen Aussagen mit dem der KPD überein, ging jedoch in der Sozialisierungsfrage weiter, wenn gefordert wurde: "Demokratie in Staat und Gemeinde, Sozialismus in Wirtschaft und Gesellschaft!"¹⁰

Kurt Schumacher, der in Hannover die West- SPD um sich sammelte, ging in seinem Hang zu linken Losungen noch einen Schritt weiter: Er erklärte auf einer Funktionärskonferenz im Mercedes-Palast in Berlin- Zehlendorf am 20. April 1946: "Wir können die Situation von Weimar nicht wieder schaffen und wollen es nicht mehr, dass sie wieder der politische Ausdruck eines Gleichgewichts der Klassenkräfte wird. Dieses hat der Kapitalismus endgültig zerstört. Das Ende haben sie selbst bestimmt dadurch, dass sie den Nazismus zur Macht brachten. Mit dem Zusammenbruch des Nazismus ist auch der Kapitalismus zusammengebrochen (Zwischenruf: noch nicht!) Jede Form Diktatur ist damit zusammengebrochen... Wir wollen keinen Wiederaufbau im Sinne des Wortes. Es würde die Gefahr bestehen, dass zu viel alte Steine und morsch gewordenes Holz wieder mit verarbeitet werden müssten in dem neuen Gebäude. Die Sozialdemokratische Partei will einen Neuaufbau Deutschlands (Beifall)...Ein Neuaufbau im Sinne des Sozialismus."¹¹

Ganz im Unterschied zum Verschmelzen von Gegenwart und Zukunft sowie zur Fixierung Schumachers auf Wunschvorstellungen, hatten es die Autoren der "Grundsätze und Ziele" vermocht, realistische Gegenwartsaufgaben und die Zukunftsaufgaben so zu formulieren, dass sie als sozialistische Perspektive glaubhaft und tragbar erschienen. Die Gegenwartsaufgaben orientierten auf die Fortsetzung der 1945 begonnenen antifaschistisch- demokratischen Umgestaltungen. Es ging um die "Beseitigung der kapitalistischen Monopole, Übergabe der Unternehmungen der Kriegsschuldigen, Faschisten und Kriegsinteressenten in die Hände der Selbstverwaltungsorgane."¹² Dagegen sollte das Genossenschaftswesen die "stärkste Förderung" erfahren. Die Unternehmergewinne waren zu begrenzen. Antifaschistische Umwälzungen wurden in engem Zusammenhang mit einem künftigen Sozialismus gesehen: "Das Ziel der SED ist die Befreiung von jeder Ausbeutung und Unterdrückung, von Wirtschaftskrisen, Armut, Arbeitslosigkeit und imperiali-

stischer Kriegsdrohung. Dieses Ziel, die Lösung der nationalen und sozialen Lebensfragen unseres Volkes, kann nur durch den Sozialismus erreicht werden.”¹³

Das Wesen des Sozialismus wurde in der Verwandlung des kapitalistischen Eigentums in gesellschaftliches Eigentum gesehen. Aus der Tatsache, dass nach dem zweiten Weltkrieg der reaktionäre Gewaltapparat zerschlagen worden war, wurde auf die Vermeidbarkeit eines Bürgerkriegs geschlossen: “Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands erstrebt den demokratischen Weg zum Sozialismus...”¹⁴ Und genau darauf ging Otto Grotewohl dezidiert in seiner Rede auf dem Vereinigungsparteitag ein.¹⁵ Hinsichtlich der nationalen Frage blieb die Aussage ohne Wenn und Aber auf die deutsche Einheit fixiert. Deutschland sollte sich “als antifaschistisch-demokratische, parlamentarisch-demokratische Republik” konstituieren und die antifaschistisch-demokratischen Parteien “eine Zentralregierung” bilden.¹⁶ Jedoch wurde unmissverständlich als zentrales Problem herausgestellt, dass die Einheit des Landes von der Einheit der sozialistischen Bewegung abhängt. Insofern stand seit 1946 die Frage, warum angesichts dieses Zusammenhangs die Parteieinheit separat in einer Zone durchgezogen wurde?

Solange die SED ihrem Gründungsversprechen treu blieb, konnte sie nicht zu sowjetischen Strukturen überwechseln. Nach Auffassung von Rolf Badstübner bleibt es eine Frage, “ob eine an den Gründungsdokumenten orientierte Weiterentwicklung der SED auch zu einer anderen Entwicklung der SBZ/DDR in Richtung auf einen demokratischen Sozialismus geführt hätte.”¹⁷ Der sowjetische Entwicklungsweg wurde erst durch “oktroyierte Sowjetisierung” und “Selbstsowjetisierung” Ende der 40er Jahre eingeschlagen.

Am Beginn der 60er Jahre entschloss sich das Politbüro der SED dazu, einen Programm- Entwurf auszuarbeiten, den 1963 der VI. Parteitag beraten und beschließen sollte. Arbeitsgruppen, die von Abteilungsleitern des ZK geleitet wurden, analysierten die Entwicklung der DDR gemäß der Ressortzuständigkeit. Dabei wurde genau gearbeitet. Um so mehr überrascht es, dass nach sehr oberflächlichen Kriterien der erreichte Grad der Sozialisierung bestimmt wurde. Alles, was staatlich und genossenschaftlich bewirtschaftet wurde, erhielt das Prädikat “Sozialistisch”. Alle privaten Betriebe, Betriebe mit staatlicher Beteiligung, der Kommissionshandel und die Freiberufler zählten zum nichtsozialistischen Sektor. Als Problem in den Erörterungen der Analysegruppen schälte sich die Frage heraus, ob bei einem Anteil des sozialistischen Wirtschaftssektors von 84,9 Prozent am gesellschaftlichen Gesamtprodukt im Jahre 1961 bereits vom Sieg sozialistischer Produktionsverhältnisse gespro-

chen werden könne. In der Sowjetunion war der Sieg des Sozialismus erst bei der Marke 100 Prozent verkündet worden, wobei die sowjetische Statistik mit den nicht unerheblichen Umsätzen auf Schwarzmärkten und offiziell tolerierten Kolchosmärkten mit freier Preisbildung so großzügig verfuhr, dass sie in jeder Statistik unberücksichtigt blieben. Im 1963 beschlossenen Programm, hieß dann die entscheidende Bewertung: "Nachdem in der Deutschen Demokratischen Republik die sozialistischen Produktionsverhältnisse gesiegt haben, kann nunmehr der umfassende Aufbau des Sozialismus zügig vorangehen."¹⁸ Diese Bewertung des erreichten Standes der sozialökonomischen Transformation ist insofern von Interesse, als hier verschiedene Eigentumsformen im Produktionsbereich als nicht im Widerspruch zum Sozialismus stehend angesehen wurden, was der weiteren ökonomischen Entwicklung der DDR in den 60er Jahren guttat. Ähnlich wie in Japan kam es zu einem kreativen Zusammenspiel von kleinen und beweglichen Privatbetrieben mit großen VEB bzw. Konzernen. Im Vergleich zu der Monostruktur der UdSSR (mit ihrer 100 Prozent "sozialistischen" Wirtschaft) hatte die DDR ökonomisch die Nase vorn. Respektvoll sprach der Westen vom "zweiten deutschen Wirtschaftswunder". Was aber auch in der DDR von den Analysegruppen und dem VI. Parteitag der SED übersehen wurde, war die nicht unerhebliche Tatsache, dass der volkseigene Sektor lediglich Staatseigentum repräsentierte. Die Forderung der "Grundsätze und Ziele", "gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln" zu schaffen, war nicht realisiert worden. Das aber bedeutet, dass die Entfremdung noch nicht überwunden war. Im Produktionsbereich war die Basis von Ausbeutungs- und Knechtschaftsverhältnissen, wie sie typisch für den Kapitalismus sind, noch nicht wirklich beseitigt. Selbstverständlich bot das Volkseigentum schon bessere Bedingungen für die Gestaltung sozialer Verhältnisse und Beziehungen zwischen den Werktätigen als das privatkapitalistische Eigentum, das ändert aber nichts daran, dass es noch kein sozialistisches Eigentum war.

Diese Zusammenhänge überhaupt nicht diskutiert zu haben, zeigt im Vergleich zu 1946 einen Theorieverlust an. Dass die SED 1963 im Unterschied zur KPdSU, zur KPC und anderen befreundeten Parteien eine verkürzte historische Perspektive vermied, muss als Leistung anerkannt werden. Die SED war die erste Partei, die gegen massiven Druck aus Moskau davon ausging, dass nach der Übergangsperiode eine längere Etappe des Sozialismus beginnt und noch nicht der Aufbau des Kommunismus. Walter Ulbricht, der in den 60er Jahren als Reformierender bisweilen etwas übermütig wurde, spitzte 1967 im Vergleich zum Parteiprogramm noch zu, wenn er den Sozialismus "als selbständige Gesellschaftsformation" verstan-

den wissen wollte, wobei es ihm um das Herausstellen der Langfristigkeit der sozialistischen Phase ging. Für Ulbricht war, so schlug es sich auch im Programm nieder, der Sozialismus eine eigenständige Entwicklungsphase. Diese Etappe bedeutete einen Schritt weiter im Vergleich zur Übergangsperiode. Der Sozialismus entwickle sich auf seinen eigenen Grundlagen, hieß es im Programm. Gleichzeitig wurde vor Illusionen gewarnt: "Der umfassende Aufbau des Sozialismus in der DDR ist – wie die ganze Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und unser bisheriger Weg bei der Schaffung der sozialistischen Gesellschaftsordnung – keine bequeme Fahrt auf glatter Straße. Jeder Schritt vorwärts muss durch zielbewusste Arbeit, unter großen Anstrengungen, in einem komplizierten Kampf errungen werden. Die geschichtliche Erfahrung lehrt, dass dies nichts Außergewöhnliches, sondern der normale Verlauf der gesellschaftlichen Entwicklung ist."¹⁹

Feststellungen zur Rolle der Staatsmacht, die im Parteiprogramm fixiert wurden, durften wenige Jahre später nicht mehr erwähnt werden. Das Programm sprach davon, dass die kulturell-erzieherische und die ökonomische Funktion der Staatsmacht beim umfassenden Aufbau des Sozialismus in den Vordergrund trete, während die repressive Funktion an Bedeutung verliere. Durch die Entfaltung der sozialistischen Demokratie entwickle sich der Arbeiter- und Bauern-Staat, die Diktatur des Proletariats, zum Volksstaat, der die allumfassende politisch-moralische Geschlossenheit des Volkes verkörpert."²⁰ Diese Wertungen folgten Thesen von Nikita S. Chruschtschow. Sie hätten Anlass sein können, die reale Entwicklung der DDR mit der 1963 noch geltenden demokratischen Verfassung in Übereinstimmung zu bringen. Chruschtschows Sturz im Jahre 1964 machte es konservativen Kräften im SED-Politbüro möglich, die Umsetzung dieser Passagen in die Politik zu negieren.

Das Programm ging auch auf das Verhältnis zur Bundesrepublik ein, wobei sich alte Unterschätzungen, Wunschdenken und Illusionen mit realen Bewertungen mischten. Schon damals wurde geschmunzelt, wenn behauptet wurde, die DDR sei der Bundesrepublik eine ganze Epoche voraus: "So wurde in Westdeutschland die längst zum Abtreten reife parasitäre kapitalistische Gesellschaftsordnung durch Betrug, Gewalt und Bestechung künstlich am Leben erhalten, zum Schaden des deutschen Volkes und vor allem der Bevölkerung Westdeutschlands."²¹

Ferner wurde nüchtern festgestellt, dass es dem objektiven Entwicklungsgesetz der Nation entspreche, wenn die Lösung der nationalen Frage und damit die Wiedervereinigung angestrebt werde. Erst im Sozialismus werde die deutsche Nation auf eine höhere

Stufe gehoben. Der umfassende Aufbau des Sozialismus erfolge "unabhängig von der Entwicklung im westdeutschen Staat."²² Die besten Bedingungen entstünden für die DDR, "wenn in Westdeutschland Imperialismus und Militarismus überwunden sind und die beiden deutschen Staaten im Rahmen einer Konföderation, in gesicherter friedlicher Koexistenz miteinander wetteifern."²³

Das Programm von 1963 war ein Ansatz für die Gesellschaftsstrategie der SED nach der Transformationsperiode, jedoch reichte es noch nicht an ein Konzept für eine entwickelte sozialistische Gesellschaft heran. Strategische Aufgabenfelder blieben unerkannt. Für Staat und Gesellschaft der DDR gestaltete sich die Ambivalenz des staatlich etablierten Sozialismus- Renaissance oder Restauration- als ein zunächst noch offenes Feld.

Mitte der 70er Jahre kam es in einer Atmosphäre allgemeiner Schönfärberei zur Diskussion und Verabschiedung des letzten Parteiprogramms der SED. Ausgangspunkt dieses Dokuments war nicht die sachliche Analyse. Es ging hier eher um die Untermauerung des Anspruchs eines Regimes der persönlichen Macht. Honecker suchte seinen Führungsstil als erster Mann der SED dadurch zu unterstreichen, dass er drei entscheidenden Führungsdokumenten seinen Stempel aufzudrücken suchte:

- der Verfassung 1974 (oft von Honecker als neue Verfassung gepriesen, in Wirklichkeit Änderung der Verfassung von 1968)
- dem Freundschafts- und Beistandsvertrag DDR- UdSSR 1975
- dem neuen Parteiprogramm 1976.

Uns interessiert hier nur das Parteiprogramm. Im Vergleich zu 1963 füllte das Programm von 1976 keines der Defizite aus, d. h. weder in der Demokratie- noch in der Eigentumsfrage - wurde auch nur geringste Schritt nach vorn gewagt. Im Gegenteil das Programm von 1976 begab sich gemäß dem geharnischten Druck aus Moskau auf den Weg der Rücknahme 1963 schon erreichter Erkenntnisse. Mit der Begründung, dass zwischen Sozialismus und Kommunismus keine starre Trennungslinie existiere, wurde auf den Moskauer Kurs einer verkürzten Perspektive eingeschwenkt und gewissermaßen als Ersatzlösung anstelle einer kritischen Analyse der erreichten Entwicklungsstufe die Trennlinie zwischen Sozialismus und Kommunismus verwischt. Im Programm hieß dies: "Die SED stellt sich das Ziel, in der DDR weiterhin die entwickelte sozialistische Gesellschaft zu gestalten und so grundlegende Voraussetzungen für den allmählichen Übergang zum Kommunismus zu schaffen."²⁴ Obwohl schon im nächsten Satz davon gesprochen wurde, dass es sich um einen Prozess tiefgreifender politischer, ökonomischer,

sozialer und geistig- kultureller Wandlungen handele, wurden solche Pflöcke in das Programm eingeschlagen, dass sie in Richtung weiterer Verfestigung des Autoritarismus und Bürokratismus wirkten. Dafür einige Beispiele:

- "Der Marxismus- Leninismus bewährt sich als die einzige Lehre, mit deren Hilfe die Arbeiterklasse ihre historische Mission erfüllen kann"²⁵
- "... allseitige Stärkung des sozialistischen Staates der Arbeiter und Bauern als einer Form der Diktatur des Proletariats..."²⁶
- "Die SED lässt sich in ihren programmatischen Zielen und in ihrem praktischen Handeln von den ... allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus leiten"²⁷
- Beschwörung des demokratischen Zentralismus und des "unablässigen" Wachsens der Führungsrolle der Partei²⁸
- "Die unverbrüchliche Freundschaft und Zusammenarbeit mit der KPdSU und dem Sowjetvolk war, ist und bleibt Kraftquell"²⁹

Auch hinsichtlich der nationalen Frage wurde das Prinzip der Rücknahme festgeschrieben, wenn im Programm davon ausgegangen wurde, dass die sozialistische Umgestaltung in der DDR zur Herausbildung einer sozialistischen Nation geführt habe.³⁰

Das Programm von 1976 bestätigte überdies bereits dem VIII. Parteitag im Jahre 1971, dass er "eine allseitige (Hervorhebung- S. P.) Begründung der Aufgaben (gegeben habe), die bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft gelöst werden müssen."³¹

Fritz Behrens als kritischer Zeitgenosse dieser Jahre befand dagegen: "Will ein Marxist Marxist bleiben, so muss er sich zwischen Sozialreform oder Revolution entscheiden, doch er muss annehmen, dass das, was im Osten als ‚real existierender Sozialismus‘ bezeichnet wird, historisch gesehen, ein Fehlschlag ist, wenn man davon ausgeht, dass der Sozialismus notwendig den Kapitalismus ablösen muss. Was sich im Osten Sozialismus nennt, ist ein despotisches System einer sehr mächtigen Partei und eines Staates, in dem eine sich immer noch wachsende Bürokratie bewahrt. Er muss das Prinzip des demokratischen Zentralismus als ein mit Sozialismus unvereinbares bürgerliches Organisationsprinzip erkennen und ablehnen – und damit die sowjetische Politik, die imperialistisch und hegemonistisch ist, nicht als sozialistisch verteidigen. Er muss - mit anderen Worten - erkennen und anerkennen, dass der Marxismus nur eine von verschiedenen Strömungen im ganzen Strom der Arbeiterbewegung ist, die sich zum Ziel gesetzt hat, den sozialisti-

schen Gedanken als einen uralten Traum der leidenden Menschheit Wirklichkeit werden zu lassen.”³²

Eine Revolution, die das kritische Denken und die Freiheit, den Mächtigen zu widersprechen, negiert, verderbe sich selbst und restauriert alte Strukturen, meinte Behrens.

Das Programm von 1976 enthielt keine Novation. An die Stelle von Theorie trat Ideologie. Mit diesem Programm steuerte Erich Honecker die DDR in die Sackgasse.

(Veröffentlicht in „Marxistisches Forum, Berlin 2000, H. 26/27, S. 35-38.)

Anmerkungen

¹ Es erschien lediglich der erste Band eines von Annelies Laschitza geleiteten Autorenkollektivs. Die Bände zwei bis vier, die die Zeit von 1917 bis Mitte der 80er Jahre behandeln, hielt Kurt Hager für nicht genügend ausgereift. Sie erschienen nicht.

² Vgl. Protokoll des Vereinigungsparteitages der SPD und der KPD am 21. Und 22. April 1946 in der Staatsoper „Admiralspalast“ in Berlin. Berlin 1946, S. 156/57.

³ Vgl. Revolutionäre deutsche Parteiprogramme. Vom Kommunistischen Manifest zum Programm des Sozialismus. Herausgegeben und eingeleitet von Lothar Berthold und Ernst Diehl. Berlin 1967, S. 201-207.

⁴ Vgl. „Nach Hitler kommen wir“. Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/46 für Nachkriegsdeutschland. Herausgeg. v. Peter Erler, Horst Laude u. Manfred Wilcke. Berlin 1994.

⁵ Protokoll des Vereinigungsparteitages..., S. 147.

⁶ Ebenda, S.148.

⁷ Rolf Badstübner: Vom „Reich“ zum doppelten Deutschland. Gesellschaft und Politik im Umbruch. Berlin 1999, S. 70.

⁸ Vgl. Rolf Badstübner/Wilfried Loth (Hrsg.): Wilhelm Pieck –Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945 bis 1953. Berlin 1994, S.50.

⁹ Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, S.196.

¹⁰ Dokumente zur Geschichte der SED, Bd. 2, S.18.

¹¹ LHA Berlin, BPA II 2/82. (unpag.) Am 28. Juli 1952 distanzierte sich Schumacher von der Sozialisierung in der Ostzone und von der Restauration in den Westzonen: „Die deutsche Arbeiterklasse lehnt es ab, die Wirtschaftsgestaltung in der sowjetischen Besatzungszone als Sozialisierung zu betrachten. Sie lehnt aber mit der gleichen Entschiedenheit eine Politik der Reprivatisierung und Restauration früherer Verhältnisse ab.“ In: Programme der deutschen Sozialdemokratie. Hannover 1963, S. 122.

¹² Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, S. 205.

¹³ Ebenda.

¹⁴ Ebenda, S.206.

¹⁵ Protokoll des Vereinigungsparteitages, S.130.

¹⁶ Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, S. 205.

¹⁷ Rolf Badstübner: Vom "Reich" zum doppelten Deutschland, S.115.

¹⁸ Ebenda, S. 334.

¹⁹ Ebenda, S.335/336.

²⁰ Ebenda, S. 300.

²¹ Ebenda, S. 334.

²² Ebenda.

²³ Ebenda, S. 335.

²⁴ Protokoll der Verhandlungen des IX. Parteitages der SED im Palast der Republik in Berlin 18. Bis 22. Mai 1976. Bd. 2, Berlin 1976, S. 218.

²⁵ Ebenda, S. 213.

²⁶ Ebenda, S. 237.

²⁷ Ebenda, S.211.

²⁸ Ebenda, S. 265.

²⁹ Ebenda, S. 212.

³⁰ Vgl. ebenda, S. 210.

³¹ Ebenda, S. 212.

³² Fritz Behrens: Abschied von der sozialen Utopie. Berlin 1992, S. 246.